



Stellungnahme der P4F München zum Umgang von Politik, Polizei und Medien mit Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsbewegung, welche zum Mittel des friedlichen zivilen Ungehorsams greifen.

Appell an die Politik

Wir verstehen die Verzweiflung, welche Menschen zu Aktionen des friedlichen zivilen Ungehorsams motiviert, wie sie von „Letzte Generation“, Scientists Rebellion“ und anderen Gruppen durchgeführt werden. Und wir teilen ihre Ziele.

Unabhängig davon, ob wir die Aktionsformen befürworten oder nicht: Die Reaktionen auf Aktionen wie Straßenblockaden oder das Beschmieren von Gemälden hinter Glas, welche Teile der Polizei, Presse und Politik jetzt zeigen, sind weder verhältnismäßig noch zielführend (hier schließen wir uns der Stellungnahme von Ortsgruppen der P4F sowie Grandparents for Future Germany vom 08.09.2022 an).

So sind in München 12 Aktivist*innen der „Letzten Generation“ 30 Tage in „präventivem Gewahrsam“ im Gefängnis, nach einem Gesetz, welches im Kontext der Verhinderung von Terroranschlägen ratifiziert wurde. Aus dem einzigen Grund, weil sie sich mit Sekundenkleber auf eine Straße geklebt und geäußert haben, sie könnten das wieder tun. Weil sie Autofahrer*innen aufgehalten haben (und vielleicht aufhalten werden), die in München ohne Notwendigkeit die Straßen verstopfen für Menschen, die wirklich angewiesen sind auf PKW oder Rettungsdienst.

Kriminalisierung, Haft oder präventiver Gewahrsam werden die friedlichen Aktivist*innen nicht stoppen. Das kann allein politisches Handeln zur Eindämmung der Klimakatastrophe.

Die zunehmende Erderhitzung bedeutet eine Gefährdung für Leib und Leben, Freiheit und Eigentum, jetzt und für zukünftige Generationen. Die Temperatur weltweit steigt seit der Industrialisierung trotz aller internationaler Abkommen bis heute kontinuierlich. Unter Beibehaltung der derzeitigen Maßnahmen der Länder würden wir auf einen Anstieg von 2 bis 3,6 Grad bis zum Jahr 2100 zusteuern (IPPC 2022), mit 30 kg Ausstoß von CO₂ - Äquivalenten pro Person und Tag liegen die Deutschen weit über dem für die Einhaltung des 1,5 Grad Zieles notwendigen Wert von maximal 3 kg/ Person/Tag (BMU 2016).

Nach unserem Kenntnisstand wurden bisher keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, um das Fortschreiten der Klimakatastrophe zu verhindern. Im Gegenteil, klimaschädliche Produkte und Verhaltensweisen werden in Deutschland weiterhin mit jährlich ca. 65,4 Milliarden Euro subventioniert (UBA 2018).

Wir sind zutiefst beunruhigt über den von uns wahrgenommenen politischen Stillstand angesichts des Notstandes, der unser aller Leben, Freiheit und Zukunft bedroht.

Deshalb appellieren wir an alle Entscheidungsträger*innen in der Politik:

Nur Sie können den Rahmen schaffen, in welchem ein zukunftsfähiges Leben möglich ist. Nur Sie können den Menschen realistisch vermitteln, welche Veränderungen auf sie zukommen. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, es könnte ein „Weiter so“ geben, wird den Menschen suggeriert, dass es keine Alternativen zur Planung und Erschließung neuer fossiler Energiequellen gäbe. Dass andernfalls Destabilisierung, Armut und Unruhen drohen. Aber diese Prognosen treten nur ein, wenn wir an der Wunschvorstellung vom unbegrenzten materiellen wirtschaftlichen Wachstum festhalten. Wachsen SIE über das System hinaus, in welches Sie hineinsozialisiert wurden, und wagen Sie andere Formen der staatlichen Regulierung und des Wirtschaftens!

Es gibt keine Arbeitsplätze, keine Mobilität und keine funktionierenden Regierungen auf einem unbewohnbaren Planeten.

Es gab bereits Erfolg versprechende Ansätze, wie Vorschläge aus Wissenschaft und Politik zu einer „Klimadividende“, das 9- Euro-Ticket, eine angemessene und unbürokratische Förderung der dezentralen Solarenergie.

Wir brauchen endlich ausreichend erneuerbare Energien für die Transformation von Landwirtschaft, Industrie und Mobilität. Doch den Energiehunger unseres aktuellen Wirtschaftssystems werden auch die „Erneuerbaren“ niemals stillen.

Wir vermissen ausreichende Maßnahmen zur EINSPARUNG von Energie in den Bereichen Bau, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr. Beispiele:

- Reduzierung des Gasverbrauchs durch:
- Verzicht auf verzichtbare Güter wie Wegwerf- Plastik,- Glas,- und -Papier,
- Begrenzung von Kreuzfahrtschiffen mit Schwerölantrieb, Kurzstreckenflügen, des Energieverbrauchs für Profisportarten,
- Verzicht auf Massentierhaltung und Düngemittel zugunsten einer nachhaltigen, an Tierwohl und Bodenerhalt orientierten Landwirtschaft,
- Mobilitätswende mit Reduzierung des massenhaften motorisierten Individualverkehrs (MIV) zugunsten eines absolut notwendigen MIV für vulnerable Gruppen wie mobilitätseingeschränkte Bürger*innen, für Gewerbe und für öffentlich noch nicht ausreichend erschlossene ländliche Gegenden. Zu Gunsten von freien Straßen für Notdienste, Krankenwagen, Busse, Rad- und Fußverkehr. Massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Tempolimit.

Gewährleistung der Sozialverträglichkeit durch:

- „Klimadividende“ (CO- Preis mit Klimaprämie, siehe Michael Baumüller in SZ vom 27.02.2019), welche ca. 60% der Haushalte entlasten würde (Maja Göpel 2019 in: <https://www.klimareporter.de/deutschland/keine-co2-steuer-sondern-eine-klima-dividende>), abgerufen 16.08.2022) .
- kostenlosen ÖPNV, 9- Euro Ticket oder 365- Euro- Jahresticket
- Anhebung der Grundsicherung (personenbezogener Regelbedarf zuzügl. Kosten der Unterkunft/ Wohnung)

Die Maßnahmen könnten finanziert werden mit:

- dem Abbau von klimaschädlichen Subventionen: Allein das Dienstwagenprivileg kostet die Allgemeinheit nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) im aktuellen Höchstfall 154.000 Euro/Wagen. Hier könnte eine Deckelung auf maximal 30.000 Euro/ Wagen ca. 4 Milliarden Euro/ Jahr einsparen, welche für die Einführung eines 365- Euro -Jahrestickets ausreichen würden (DUH, zitiert in TAZ vom 16.08.2022,S. 8).
- einem Einkommensmaximum (100% - Besteuerung ab einer Einkommenshöhe vom zum Beispiel dem 10- fachen Betrag der Grundsicherung (siehe <https://www.ambodenbleiben.de/sofortprogramm-klimagerechtigkeit/>).
- der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer
- einer Reform der Erbschaftsteuer für hohe private Erbschaften und große Unternehmen
- einer „Luxussteuer“ (Beispiele gibt es in Österreich, Italien, den Niederlanden und Dänemark).
- einer Übergewinnsteuer insb. für Energiekonzerne. Diese könnte 30- 100 Milliarden Euro/ Jahr einbringen (Studie Netzwerk für Steuergerechtigkeit, zitiert in TAZ vom 17. 08. 22, S. 8, Beispiele in Italien, Griechenland, Großbritannien, Spanien).
- dem konsequente Aufdecken und Eintreiben hoher hinterzogener Steuerbeträge durch Aufstockung des Personals in den Finanzämtern und beim Zoll (https://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Pruefungen-Steueraufsicht/pruefungen-steueraufsicht/node_html)

Wir vermissen ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell, welches, falls es das Gemeinwohl erfordert, eine Vergesellschaftung von Industriebetrieben beinhaltet, wie in Art 15 GG beschrieben.

Uns Menschen ist sehr viel mehr zumutbar, als Sie sich vermutlich vorstellen können. Das zeigt die große Zustimmung (ca. 80%) zu den Empfehlungen des „Bürgerrates Klima“ (siehe Bürgerrat-Klima.de, abgerufen 16.08.22). WENN wir den Eindruck haben, dass es notwendig und gerecht ist. Dass klimagerechtes Verhalten honoriert wird, nicht übermäßiger Verbrauch. Unsere Lebensweise wird sich durch Erderwärmung und Endlichkeit der Ressourcen grundlegend ändern, ob wir das wollen oder nicht. Ob es geordnet oder chaotisch geschieht, hängt von Ihrem Mut und Gestaltungswillen ab.

Verabschieden Sie sich von nicht mehr zeitgemäßen Konzepten und emanzipieren Sie sich von den Interessen „der Wirtschaft“, füllen Sie Ihre Aufgabe aus als Vertreter*innen von uns Bürgerinnen und Bürgern, im Interesse der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens.

Nach Ausschöpfung aller legalen Mittel des Protestes, jahrzehntelangen vergeblichen Warnungen aus der Wissenschaft, unzähligen Konferenzen und Petitionen greifen einige Gruppen der Klimagerechtigkeitsbewegung zur Protestform des friedlichen zivilen Ungehorsams. Sie zielt auf eine Störung der gewohnten, aber zerstörerischen Abläufe ab, und soll die Aufmerksamkeit für die Klimakatastrophe und die überfälligen Änderungen erhöhen.

Wir alle stehen hinter diesen mutigen Menschen, die aus der Verzweiflung heraus, die wir mit ihnen teilen, jetzt kein milderes Mittel mehr sehen, um auf die verdrängte Klimakatastrophe aufmerksam

zu machen und um Sie, liebe Politikerinnen und Politiker, zum Handeln zu bewegen und dazu, Ihrem Eid zu folgen, Schaden von uns allen abzuwenden und zum Wohle der Bevölkerung zu handeln.

JETZT.

**PARENTS FOR FUTURE
München**

